

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das sowjetische «Njet» in Genf

Nach sechs Wochen unfruchtbaren Verhandeln haben sich die in Genf tagenden Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der USA und der Sowjetunion darauf geeinigt, das Gespräch vorderhand abubrechen, um sich, sofern nichts dazwischenkommt, später wieder zu treffen. Als Hauptergebnis wird auf westlicher Seite verzeichnet, daß das kritische Datum des 27. Mai, an dem das erste Berliner Ultimatum Chruschtschews ablaufen sollte, ohne Zwischenfall vorübergegangen ist. Moskau hat seinerseits gezeigt, daß es nicht zu verhandeln, sondern nur seine Forderungen endlos zu wiederholen gewillt ist. So wenig ist Chruschtschew an einer Übereinkunft auf mittlerer Linie gelegen, daß er in Tirana erklären konnte, die sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland könnten nicht Gegenstand von Verhandlungen sein; an ihnen gebe es nichts zu markten. Niemand kann erwarten, mit einem solchen Gesprächspartner irgendwelche Probleme zu lösen.

Berlin im Mittelpunkt

Der sowjetische Außenminister *Gromyko* hat bisher in Genf die Funktion einer Schallplatte ausgeübt, die die Worte ihres Erzeugers mit mechanischer Sturheit wiederholt. Der kunstvollen Argumentation seiner Gesprächspartner hielt er nur immer wieder die angeblichen Vorzüge des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes entgegen, ohne sich auf eine wirkliche Diskussion einzulassen. Die Westmächte, die in ihrem Friedensplan für Deutschland eine enge Verbindung zwi-

schen den Problemen Berlins, Deutschlands und der europäischen Sicherheit hergestellt hatten, sahen sich bald gezwungen, das Gespräch selber wieder auf Berlin zu lenken. Sie unterbreiteten zunächst einen detaillierten Plan für die Wiedervereinigung Ost- und Westberlins, wie sie als erste Stufe im westlichen Friedensplan figuriert. Gromyko antwortete darauf mit stereotypen Anklagen gegen den angeblichen westdeutschen Militarismus und gegen Berlin als «Stützpunkt im Kalten Krieg». Es gelang dann, den Sowjetaußenminister zur Abhaltung geschlossener Sitzungen im Kreise der Vier, ohne die ost- und westdeutschen Berater, zu bewegen. In den sogenannten «restricted meetings» verengerte sich das Diskussionsthema auf eine *Interimslösung für Westberlin*, wobei die westlichen Delegationen gewisse Zugeständnisse in bezug auf die Zahl ihrer Truppen, die Beschränkung der Propaganda und die Zulassung ostdeutscher Beauftragter zur Kontrolle der Zufahrtswege in Aussicht nahmen. Dafür sollte die Regelung praktisch unbeschränkt andauern, nämlich bis zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung Deutschlands, in dem sie ohnehin hinfällig würde. Die Sowjets aber stellten rigorose Bedingungen, wie die Reduktion der Truppen auf ein symbolisches Kontingent, und verlangten die Beschränkung auf ein Jahr, was auf nichts anderes als eine Verlängerung des Ultimatums hinauslief. Diese Forderung Gromykos machte es klar, daß auch über Berlin keine Einigung zu erzielen war. Die letzten zehn Tage dienten beiden Parteien nur noch dazu, sich für den Konferenzabbruch eine günstige Position zu sichern.

Daß die westlichen Außenminister sechs Wochen lang die Tiraden Gromykos über sich ergehen ließen, hängt damit zusammen, daß der Westen seine Verständigungsbereitschaft und Geduld möglichst ausgiebig dokumentieren wollte. Außerdem spielte die verbreitete Überzeugung mit, daß Chruschtschew bereit sein werde, die Zustimmung Eisenhowers zu einer Gipfelkonferenz mit dem Abschluß eines neuen Abkommens über Berlin zu erkaufen. Die Erwartung ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Chruschtschew rechnet damit, daß er mit britischer Hilfe auch ohne Gegenleistung den Gipfel erreichen werde. Die Westmächte haben in Genf ein bemerkenswertes Maß an Zusammenarbeit gezeigt, aber dennoch sind im Hintergrund derart viele Krisenzeichen zu erkennen, daß der Sowjetdiktator sich seiner Sache sicher fühlen kann. Begründete Zweifel an der Festigkeit der britischen Haltung mußte der Rückenschuß der *Times* gegen Selwyn Lloyd erregen, die in ihrer Ausgabe vom 1. Juni mitten in den Verhandlungen die bevorstehende Ablösung des Außenministers erörtern und den Russen damit zu verstehen gab, sie brauchten nur auf den Nachfolger zu warten, um mit ihren Forderungen durchzudringen. Es handelte sich offensichtlich um einen Vorstoß jener Kreise der Konservativen Partei, denen die Haltung Lloyds zu wenig «flexibel» ist und die sich auf Kosten Europas mit den Russen arrangieren möchten. Macmillan selbst hatte eine größere Nachgiebigkeit und eine Gipfelkonferenz ohne Vorbedingungen befürwortet, so daß die Unternehmung gegen Selwyn Lloyd mit seinen Ansichten in Übereinstimmung zu sein schien. Immerhin hat er sich unverzüglich von dem perfiden und gefährlichen Manöver distanziert.

Frankreich und die NATO

Ein weiterer Faktor der Unsicherheit im Westen ist der andauernde Konflikt Frankreichs mit der NATO-Führung. Die konsequente Weigerung General de Gaulles, auf französ-

sischem Boden Atombomben unter amerikanischer Verfügungsgewalt lagern zu lassen, solange Frankreich die Geheimnisse der Kernwaffenfabrikation vorenthalten werden, hat dazu geführt, daß das atlantische Oberkommando nun die Verlegung der amerikanischen *Jagdbombergeschwader* nach Großbritannien und Westdeutschland vorbereitet. Damit verschlechtern sich zwar die Einsatzmöglichkeiten — in Deutschland sind sie zu nahe und in England zu weit von ihren Zielen entfernt —, aber die Notwendigkeit des Einsatzes taktischer Atomwaffen läßt General Norstad keine andere Wahl. Außer den Nukleargeheimnissen verlangt Frankreich eine gemeinsame Politik und ständige Konsultationen Washingtons mit Paris und London für alle Gebiete der Welt, auch außerhalb der gemeinsamen Bündnissysteme, sowie eine rückhaltlose Unterstützung seines Kampfes um *Algerien*. Von diesen Forderungen ist jene nach Konsultationen am leichtesten zu erfüllen. Die Freigabe der Atomgeheimnisse ist hingegen durch die amerikanische Gesetzgebung, das heißt durch den Kongreß, blockiert, während die Unterstützung Frankreichs in Algerien einem Verzicht auf normale Beziehungen mit den arabischen Staaten gleichkäme. Eine Änderung der amerikanischen Haltung ist daher auch auf die Gefahr einer anhaltenden Verstimmung in Paris hin kaum zu erwarten.

Aufregung um Adenauer

Die stärkste Erschütterung im Westen hatten jedoch die Vorgänge um die *Bundespräsidentenwahl* in Bonn zur Folge. Als Adenauer am 7. April seinen Entschluß verkündete, sich für das Amt des Bundespräsidenten zur Verfügung zu stellen, wurde sein Schritt allgemein als ein Akt staatsmännischer Weitsicht begrüßt und seiner Absicht, die Kontinuität der Regierungspolitik zu wahren, Beifall gespendet. Die Revision seiner Entscheidung löste einen Sturm der Entrüstung aus. Nicht alles, was im Namen der Demokratie gegen Adenauers Zickzackpolitik vorgebracht wur-

de — man warf ihm unter anderem vor, er treibe ein frivoles Spiel mit den höchsten Staatsämtern —, entsprang einer echten Besorgnis. Bei allzu vielen auf der Seite der Regierung wie der Opposition war die Reaktion auf Adenauers Präsidentschaftskandidatur ein billiger Triumph über das unverhoffte Anbrechen einer «neuen Epoche» mit neuen politischen Aussichten gewesen, der nun plötzlich in Enttäuschung umschlug. Adenauer hat, daran ist nicht zu zweifeln, sich eine schwere Blöße gegeben. Der Entschluß zur Aufgabe des Kanzleramtes beruhte auf einer falschen Einschätzung der Lage: Adenauer sah nicht voraus, daß allein schon die Aussicht auf seinen Rücktritt seine bisher unbestrittene Autorität innerhalb der CDU schwächen und ihn hindern würde, seine Regierungspolitik durch den Kandidaten seiner Wahl, den Finanzminister *Etzel*, fortsetzen zu lassen. Die Bundestagsfraktion zog *Erhard* vor, der als Schöpfer des Wirtschaftswunders die besten Wahlchancen für die Zukunft zu bieten schien und sich selber aktiv um die Nachfolge bewarb, während Adenauer kein Hehl aus seinen Zweifeln an der außenpolitischen Standfestigkeit des Wirtschaftsministers machte und dessen Kritik am Gemeinsamen Markt offen mißbilligte. Mit der Entschlußkraft, die seine ganze Regierungstätigkeit kennzeichnete, warf er das Steuer herum und bot der allgemeinen Entrüstung die Stirn. In der Fraktion der CDU wurde der Entscheid des Bundeskanzlers zwar scharf kritisiert, aber schließlich einstimmig gebilligt. Abgesehen von der Entzweiung mit *Erhard* ist die Situation wiederhergestellt. Die Nachfolgefrage bleibt jedoch — und das ist das Beunruhigendste an der ganzen Episode — weiterhin offen. Die Londoner *Daily Mail* hat am 8. Juni das Verhalten der CDU als typisches Beispiel für die Autoritätsgläubigkeit und Rückgratlosigkeit der Deutschen hingestellt. Ohne die Kritik derart auf die Spitze zu treiben, muß man feststellen, daß Adenauers Anspruch, als unersetzlich betrachtet zu werden, den langfristigen Bedürfnissen der deutschen De-

mokratie nicht entspricht. Im hohen Alter und mit einer kurzen Amtszeit vor sich, steht der Bundeskanzler, trotz aller außenpolitischen Gefahren, vor der nicht zu umgehenden Aufgabe, einen Nachfolger heranzuziehen, der nicht nur bereit ist, seine Politik fortzusetzen, sondern auch von der Partei und der Wählerschaft akzeptiert wird.

Chruschtschews «Friedensoffensiven»

Wenn Chruschtschew sich von den Konflikten im westlichen Lager Vorteile versprechen kann, so vernachlässigt er deswegen seine eigenen Unternehmungen nicht. Parallel zur Aktion gegen Berlin bringt er die russische Macht im Balkan und im Ostseegebiet zur Geltung. Auf seiner Albanienreise suchte er die Regierungen *Italiens* und *Griechenlands* von der Errichtung von Raketenstützpunkten abzuhalten. Die Balkanhalbinsel soll mit Einschluß von Jugoslawien und Griechenland zu einer Zone des Friedens ohne Atom- und Raketenwaffen erklärt werden. In Rom und Athen ist man sich aber bewußt, daß ein Nachgeben den ersten Schritt zur Unterwerfung bedeuten würde. Der Anschluß an eine «Friedenszone» würde der sowjetischen Einmischung Tür und Tor öffnen. Die gleiche Politik massiven Drucks wendet Chruschtschew gegenüber den skandinavischen Ländern an. Da *Dänemark* und *Norwegen* die Stationierung von NATO-Truppen verweigern und keine Raketenstützpunkte auf ihrem Territorium dulden, geht er hier bereits einen Schritt weiter und sucht die beiden Länder zum Austritt aus dem Atlantikpakt zu veranlassen. Auf seiner bevorstehenden Skandinavienreise wird der Sowjetdiktator seine Wünsche voraussichtlich mit allem Nachdruck vorbringen. Er kompromittierte aber seine Bemühungen zum vornherein, als er seine Kampagne für «Die Ostsee als Meer des Friedens» in der lettischen Hauptstadt *Riga* einleitete. Er erinnerte damit die Skandinavier daran, daß Chruschtschews Vorgänger und Lehrmeister Stalin die baltischen Staaten zuerst zum Abschluß von Nichtan-

griffspakten zwang, bevor er sie brutal seiner Herrschaft unterwarf und ihre Bevölkerung systematisch dezimierte. Das Beispiel ist noch

frisch genug, um von den Nordländern verstanden und beherzigt zu werden.

Nemo

Das kritische Jahr – 1963?

Die schwülen Sommertage in Washington wären eigentlich ganz dazu angetan, der Realität des kalten Krieges zu entrinnen. Aber für die Chefs der vereinigten Generalstäbe gibt es kein Entrinnen und keine andere Zuflucht als das luftgekühlte Labyrinth streng bewachter Büros im Pentagon. Die Soldaten nennen in ihrem besonderen Jargon den Versammlungsort der höchsten militärischen Kommandanten den «Tank», was im gesprochenen Amerikanisch auch Schwimmbad bedeuten kann. Aber dies ist kein Platz für erholendes Schwimmen.

Der «Tank» ist ein einfacher, bescheidener Konferenzsaal, in dem sich die militärischen Führer wöchentlich zwei- oder dreimal versammeln, um ihre militärischen Ratschläge für den Verteidigungsminister und den Präsidenten der Vereinigten Staaten auszuarbeiten.

Im Frühling beginnen die vereinigten Stabschefs damit, ihre strategischen Pläne aufs genaueste durchzudenken und zu verbessern. Wenn es Sommer wird, vertiefen sie sich in die Aufgabe, herauszufinden, was die nächsten 12 Jahre bringen werden. Wenn jedoch das Sommergras dürr und braun wird und die Blätter zu fallen beginnen, muß ihre Arbeit getan sein. Anfangs Oktober muß sie dem Verteidigungsminister vorgelegt werden können.

Es ist nötig, daß der Verteidigungsminister bereits im Herbst mit diesem Gesamtplan vertraut ist, weil sich seine Mitarbeiter, die das Budget vorbereiten, einen klaren Begriff von den für das folgende Fiskaljahr erforderlichen militärischen Streitkräften ver-

schaffen müssen. Das Fiskaljahr beginnt mit dem 1. Juli. Das Verteidigungsbudget muß um den 15. Dezember herum aufgestellt und um Weihnachten mit den letzten Abänderungen für den Druck bereit sein.

Die drei Pläne

Die vereinigten Stabschefs haben als wichtigste militärische Berater eine zweifache Aufgabe. Mit Ausnahme des Vorsitzenden, der eine Art Organisator ist, sind sie sowohl Vorsteher ihrer militärischen Dienstabteilungen als auch Planungsbeauftragte.

Seit der Reorganisation des Verteidigungsministeriums im Jahre 1958 wird von den militärischen Führern verlangt, daß sie mit besonderer Intensität ihre strategischen Planungsaufgaben verfolgen — sogar auf Kosten ihrer Verantwortlichkeiten gegenüber ihren verschiedenen Dienstabteilungen. Die Hauptsache ist, daß sie als Resultat ihrer konzentrierten Zusammenarbeit einheitliche Pläne vorzulegen imstande sind.

Sie haben drei Hauptpläne zu unterbreiten:

— Erstens den «long range plan», der die Zeitspanne von 8—12 Jahren vorausberechnet. Dies bedeutet für das laufende Jahr die Periode von 1967—1971. Sie versuchen, die voraussichtliche Entwicklung der Weltlage innerhalb dieser Zeit zu erkennen und stützen sich dabei auf die sorgfältigste Beurteilung der Nachrichten aus militärischen, politischen, wissenschaftlichen und anderen Quellen.

— Zweitens den «mid range plan». Er erstreckt sich auf 7 Jahre in die Zukunft, befaßt sich aber nur mit den drei letzten Jahren dieser Periode, was für den jetzigen Plan die Zeitspanne von 1963—1966 bedeutet. Dieser Plan setzt den Tag D (natürlich nur theoretisch) ins Jahr 1963 und definiert die strategischen Ziele, gegen welche die militärischen Streitkräfte dann eingesetzt werden müssen.

— Drittens den «short range plan» für das nächste Jahr. Dies ist der Gesamtplan, der verwirklicht werden müßte, falls der Krieg morgen oder im nächsten Monat ausbräche. Er stützt sich weniger auf Hoffnungen, Wünsche und Voraussagen als vielmehr auf Tatsachen, d. h. auf die Mittel, die den USA im Jahre 1960 für den Kriegsfall zur Verfügung stehen würden.

Vier Jahre bis zur Krise

Weil der «mid range plan» sich auf strategische Überlegungen stützt, die einen entscheidenden Einfluß auf das nächste Verteidigungsbudget haben, ist er gewöhnlich auch der wichtigste. Der «long range plan» ist bedeutsam für die Versuchsplanung. Er ist für diejenigen Leute bestimmt, die sich mit der Entwicklung neuer Waffen, der Kriegswissenschaft oder der militärischen Streitkräfte im allgemeinen befassen. Der «short range plan» betrifft die aktiven Truppen, die im jetzigen Zeitpunkt bereit sein müssen.

Der «mid range plan» gibt das Schema an für die Art, Größe und Stärke der Streitkräfte. Er beeinflußt den Umfang des Verteidigungsbudgets und die Verstärkung oder Verminderung des Bestandes von Heer, Flotte, Luftwaffe und Marinekorps.

Weil der «mid range plan» die Aufmerksamkeit auf einen Zeitpunkt richtet, der erst in vier Jahren eintreten wird — das bedeutet für diesmal 1963 —, ist im Pentagon die Auffassung entstanden, daß die Krise in vier Jahren eintreten werde. Im Jahre 1950 war das Krisenjahr 1954, im Jahre 1951 war es 1955. Vielleicht war dies nur eine Sinnes-täuschung, aber die militärischen Sachver-

ständigen fanden immer genügend Beweisgründe für den Verdacht, daß Rußland in vier Jahren zu einem totalen Krieg bereit sein würde.

Heute ist es nicht anders. Der «mid range plan» nimmt an und setzt voraus, daß 1963 der Krieg ausbricht, so daß das Jahr 1963 zum Krisenjahr wird. Als Eisenhower 1953 sein Amt als Präsident antrat, versuchte er, diese auf ein Krisenjahr oder einen Tag D hinzielende Planung aufzugeben. Er war der Auffassung, daß militärische Planung sich auf eine lange Periode erstrecken müsse — 10 oder 20 Jahre in die Zukunft, ohne die Konzentration auf einen besonderen Tag D. Aber trotz seiner Ablehnung dieses Denkens verläuft das strategische Planen immer noch nach dem gleichen Schema, weil dieses offensichtlich die einzige logische Methode bietet.

Warum 1963?

Jetzt, im Sommer 1959 allerdings, sieht das Jahr 1963 tatsächlich unheilvoller und verwirrender aus als frühere «Krisenjahre». Der Tag D erscheint vielen militärischen Sachverständigen, besonders in Kreisen der Luftwaffe, mehr als nur ein theoretisches oder vermutliches Datum im Kalender, welches nur zu Planungszwecken dient.

Amerikanische Strategen, die vorerst auf die abschreckende Wirkung der atomaren Luftwaffe und Raketen gesetzt haben, befürchten, daß diese mächtige Friedensgarantie einen großen Teil ihrer Bedeutung in der kritischen Periode der ersten 1960er Jahre einbüßen werde. Und das Jahr 1963 erscheint für die amerikanische Abschreckungsmacht als ein schlechtes Jahr.

Die Planer des Pentagons skizzieren mit Vorliebe ein Bild mit zwei Kurven — eine mit einem Höhepunkt im Jahre 1959, die sich nach unten senkt bis zu einem Tiefpunkt im Jahre 1963. Diese Kurve zeigt die nachlassende Fähigkeit der USA, mit Atomwaffen sowjetische Ziele zu beschießen. Ungefähr um 1963 beginnt sie wieder aufzusteigen, nämlich dann, wenn mehr und mehr inter-

kontinentale Raketen und Polarunterseeboote mit Raketenbewaffnung zur Verfügung stehen werden.

Die amerikanische Atommacht wird in den nächsten vier Jahren nachlassen, denn unsere Bomber werden veralten, während die russische Luftverteidigung an Stärke zunehmen wird. Unsere interkontinentalen Raketen werden sich in dieser Zeit mühevoll aus ihrem Anfangsstadium herausentwickeln müssen, indem sie an Zuverlässigkeit und Treffsicherheit zunehmen.

Die zweite Kurve steht für die russische Atommacht. Sie wird in den nächsten vier Jahren aufsteigen, denn man erwartet, daß die Russen mehrere hundert interkontinentale Raketen bauen und bereitstellen und damit ihr Luftverteidigungsnetz verstärken werden.

Einige Sachverständige im Pentagon sind zuversichtlich für die nächsten Jahre und überzeugt, daß die Kriegsstärke der USA mehr als genügen wird, um Rußland von der Möglichkeit eines Atomkriegs abzuhalten. Aber die vorherrschende Auffassung scheint doch zu sein, daß der Niedergang der amerikanischen Luftwaffe und der niedrige Entwicklungsstand der Langstreckenraketen zu gleicher Zeit einige leichtsinnige Männer des Kremls veranlassen könnten, ihr Glück zu versuchen.

Die USA können den Bau interkontinentaler Raketen unterstützen

Mitte 1963 wird die amerikanische Luftwaffe — wie aus inoffiziellen Schätzungen hervorgeht — 14 Geschwader schwerer Düsenbomber vom Typ B-52 (in jedem Geschwader 45 Bomber) besitzen; dazu werden 18 Geschwader mittlerer Düsenbomber vom Typ B-47 kommen (ebenfalls 45 Flugzeuge pro Geschwader) sowie 3 Geschwader der neuen B-58 Überschall-Düsenbomber (gleiche Geschwaderstärke). Dies sind im ganzen 35 Geschwader — also 4 Geschwader weniger als ursprünglich für Mitte 1960 vorgesehen war.

Weiter plant die Luftwaffe, zu den Bombern noch 300 interkontinentale Raketen anzuschaffen — 9 Staffeln von je 10 Atlas-Raketen und 11 Staffeln von je 10 Titan-Raketen und 2 Staffeln von je 50 Minuteman-Raketen — das alles für das Jahr 1963.

Es ist davon die Rede, daß für 1963 noch mehr Atlasraketen bestellt werden sollen (wahrscheinlich 8 Staffeln) und daß sie in einem größeren Gebiet verteilt und besser geschützt werden sollen als ursprünglich vorgesehen war, nämlich durch feste Beton- und Stahlhangars oder durch die Errichtung unterirdischer Abschußrampen.

Aber selbst für den Fall, daß nicht mehr Atlas-Raketen bestellt werden, sind die Pentagonstrategen (besonders diejenigen des Heeres und der Marine) davon überzeugt, daß die amerikanische Atommacht stark genug ist, um dem Kreml einen Krieg aussichtslos erscheinen zu lassen. Bestimmt wird die strategische Schlagkraft der USA in den frühen 1960er Jahren auf einen Tiefpunkt hinuntersinken — besonders wenn man sie mit der sowjetrussischen vergleicht —, aber die entscheidende Frage bleibt: wird der Kreml das Risiko auf sich nehmen?

In ihrer Planung auf lange Sicht zählen die amerikanischen militärischen Führer mit großer Sicherheit damit, daß Rußland in den nächsten 12 Jahren keinen Krieg anfangen wird. Dabei gehen sie natürlich von der Voraussetzung aus, daß die USA die atomare Schlagkraft in den nächsten Jahren auf einem Stand halten werden, der genügen wird, Sowjetrußland von einem Krieg abzuhalten.

Sollten sie zu optimistisch gewesen sein, so werden die Bedenken der militärischen Sachverständigen für das kritische Jahr 1963 ansteigen, und ihre ernststen Warnungen werden im Kongreß mehr Gehör finden als die beruhigenden Stimmen der Budget-Ausgleicher und Sparer — besonders wenn im Jahre 1961 die Demokraten im Weißen Haus wiederum an die Macht kommen sollten.

Diejenigen, welche sich ernsthafte Sorgen machen um die drohende militärische Schwäche der USA im Jahre 1963, glauben näm-

lich, daß es um 1961 schon zu spät sein werde zur Wiederherstellung der Überlegenheit hinsichtlich der Raketenwaffen. Deshalb sprechen sie heute mit Pessimismus vom Jahre 1963. Wahrscheinlich werden sie im Kongreß einige Unterstützung finden, und es ist möglich, daß dieser einer Erhöhung der Kredite für zusätzliche Atlas-Raketen zustimmen wird.

Aber die kaltblütigen Skeptiker, die sowohl die Finanzlage als auch den Vorrat an atomaren Raketen im Auge behalten, lassen sich durch die Aussichten für das Jahr 1963 doch nicht aus der Ruhe bringen und bemerken lediglich, daß man im nächsten Jahre das Jahr 1964 als gefährlich betrachten werde.

Lloyd Norman

Das Internationale Presseinstitut

Vom 26. bis 28. Mai ist in der Kongreßhalle in Westberlin die achte Generalversammlung des Internationalen Presseinstitutes (IPI) durchgeführt worden. Mit über 250 Teilnehmern aus 26 Ländern der freien Welt wurde ein Rekordbesuch erzielt.

Der Regierende Bürgermeister, Willy Brandt, eröffnete die Tagung mit markanten Darlegungen über den Freiheitskampf der Stadt, deren Oberhaupt er ist und deren Bevölkerung sich standhaft dem freien Westen zu rechnet. Auf vorgeschobenem Posten der Freiheit schätze sie sich glücklich, den aus allen Teilen der Welt hergereisten Vertretern einer Institution, die aus dem Willen der geistigen Unabhängigkeit und der freien Meinungsäußerung gegründet worden sei, den Willkommgruß zu entbieten. Dieser Kongreß finde zu einem Zeitpunkt statt, der durch die Note der Sowjetregierung vom November 1958 und durch die darin enthaltenen Drohungen eine besondere Bedeutung erhalten habe. Die Berliner hätten allerdings diesen 27. Mai nicht in ihren Terminkalender aufgenommen, sondern ohne Rücksicht auf dieses Datum ihre Arbeiten weiter geplant und fortgesetzt. Ohne Unterstützung der Freunde in der Welt, zu denen vor allem auch die Presse gehöre, indem sie für Berlin und seine Lage stets besonderes Verständnis bekundet habe, hätte dieses Bollwerk der Freiheit kaum die gleiche Standhaftigkeit an den

Tag legen können. Im Vertrauen auf die weitere Unterstützung der freien Welt blicke Berlin mit Zuversicht in die Zukunft. Die Berliner vertrauten darauf, daß aus der Bereitschaft der Völker, für Wahrheit, Freiheit und Menschlichkeit zusammenzustehen, immer wieder neue Kräfte entwickelt würden, die bereit seien, für ihre Ideale auch Opfer zu bringen.

In ähnlicher Weise entwickelte bei einem vom Berliner Presseverband und den Berliner Zeitungsverlegern dargebotenen Empfang des Bundesministers für gesamtdeutsche Angelegenheiten, Ernst Lemmer, früher selber ein Mann der Feder, den um das freie Berlin kreisenden Problemen politisch tiefgründige Gedanken. Bilden solche Ansprachen führender Köpfe des öffentlichen Lebens bei manchem internationalen Kongreß eine bloße freundliche Geste des gastgebenden Landes, so liegt darin für politische Redaktoren, aus denen sich die Mitgliedschaft des IPI zusammensetzt, lebendige Information, deren sie für ihre Berufsausübung als unerläßliche Grundlage bedürfen.

Das Internationale Presseinstitut ist im Jahre 1951 von seinen Gründern gleichsam in symbolischer Weise in Zürich und damit auf dem Boden eines neutralen und freiheitlichen Kleinstaates etabliert worden. Es erhebt, wie sein derzeitiger Präsident, Dr. Urs Schwarz, Redaktor der NZZ, in seiner Be-

grüßungsrede umschrieb, seine Stimme klar und unzweideutig, entschlossen und überall vernehmbar, wenn — wo immer es sei — die Freiheit der Presse angetastet wird. Und es greift dort ein, anregend, beratend, mahnend, wo die Presse eine Aufgabe im Interesse der internationalen Verständigung, der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, der Vermittlung und Versöhnung, der Überwindung von engem Nationalismus, kurzum des Friedens, erfüllen kann. Sein Ziel sucht das Presseinstitut unter anderem zu erreichen durch wissenschaftlich fundierte Studien aller Art, deren neueste über *Die Presse in den autoritären Staaten* vor kurzem veröffentlicht wurde und ein weltweites Echo gefunden hat. Dazu kommt ein Monatsbulletin, das neben Artikeln und Kommentaren Nachrichten und Hinweise über Presseprobleme aus aller Welt veröffentlicht und die Bedrohungen und Gefährdungen der Pressefreiheit sorgfältig registriert.

An den alljährlich wiederkehrenden Kongressen widmet das Institut je eine Sitzung der lebendigen Aussprache über die Zustände und Entwicklungen der Presse in den in dieser Institution durch führende Redaktoren vertretenen Ländern. Selbst da, wo sich die Pressefreiheit als Rechtsgrundsatz in Verfassung und Gesetz verankert findet, ist sie bei weitem nicht immer und überall zum gefestigten Bestandteil des öffentlichen Lebens geworden. In sogenannten Entwicklungsländern, aber auch in Staaten, wo das politische Geschehen nicht nur in der ruhigen Bahn der Evolution vor sich geht, wird die Pressefreiheit immer wieder bedrängt. Nicht immer ist es der Staat selbst oder sind es die politischen Machthaber, von denen die Verstöße gegen dieses klassische Freiheitsrecht der menschlichen Gemeinschaft ausgehen. Es können auch Parteien, ja es können wirtschaftliche Interessen sein, welche der Presse die freien Entfaltungsmöglichkeiten zu beschränken suchen. Immer wieder bezeugen Journalisten aus solchen Ländern, wie groß die Hilfe ist, die ihnen die Solidarität der Presse der freien Welt, die im IPI zusam-

mengeschlossen ist, zu bieten vermöge. Solche Rechenschaftsablage in freier Aussprache gehört zum Lebenselement der Kongresse des IPI.

Ein weiteres Thema, das am Kongreß in Westberlin Gegenstand der Beratungen bildete, war die *Wechselbeziehung zwischen Fernsehen und Presse*. Sie beide zählen heute zu den Trägern der Meinungsbildung, durch Vermittlung von Nachrichten, von Kommentaren, aber auch von allgemeinem Bildungsgut und von Unterhaltungsstoff. Auch im Rahmen einer gleichartigen Zielsetzung weisen doch sowohl die Television wie die Presse ihre Eigenarten auf, die es ihnen ermöglichen sich gegenseitig zu ergänzen, statt sich in die Quere zu kommen. Auch da, wo sie im freien Wettbewerb zueinander stehen, braucht es deshalb nicht zum Konkurrenz-«Kampf» zu kommen. Was die Television an Raschheit und an Unmittelbarkeit des bildmäßigen Ausdrucks und des sie begleitenden gesprochenen Wortes der Presse gegenüber voraus hat, das bedarf seiner unerläßlichen Ergänzung durch die Nachhaltigkeit des gedruckten Textes, des weiter ausholenden, erläuternden und die Zusammenhänge in der Entwicklungskette der Ereignisse immer von neuem herstellenden Kommentars in der Presse.

In dieser gedanklichen Richtung bewegten sich die Darlegungen von berufenen Referenten und einer großen Zahl von Diskussionsrednern an der Generalversammlung des IPI. Die Debatte ließ erkennen, wie verschieden die Beurteilung der Auswirkungen des Fernsehens auf die Presse von Land zu Land ist und wie sehr die Betrachtungsweise von der Struktur der beiden Informationsträger und ihrer organisatorischen Beziehungen zueinander abhängt. Gibt es doch Länder, in denen die Zeitungen selbst Fernsehsender betreiben oder an solchen finanziell beteiligt sind, während in anderen Ländern die Television als öffentliche Anstalt betrieben wird. Ausschlaggebend ist auch die Finanzierungsart der Sendebetriebe, ob kommerziell bezahlte Reklame zulässig sei oder

ob sie verboten ist. Vor- und Nachteile wurden gegeneinander abgewogen, womit sich das Thema zu einem klaren und überschaubaren Bild abrundete.

Ähnliches ist zu sagen vom weiteren Beratungsgegenstand, der sich gleichsam aus dem Thema «Fernsehen und Presse» heraus entwickelte: Welches sind die *organisatorischen* und die *betrieblichen Wandlungen*, welche *Redaktionen* und *Zeitungen* in neuerer Zeit durchgemacht haben, und inwiefern sind solche Reorganisationen die Folge des Aufkommens von Fernsehen und Radio als mitbeteiligten Wettbewerbern in der Information der Öffentlichkeit? Diesen Fragen war eine weitere Sitzung am Kongreß des IPI gewidmet. Es gibt Zeitungen, die eine umfassende, wissenschaftlich fundierte *Leserschaftsforschung* zu Rate gezogen haben, um, gestützt darauf, Änderungen und Anpassungen des Betriebes und des Blattes vorzunehmen. Aus den Äußerungen anderer Redaktoren ging aber umgekehrt hervor, daß sie von diesem Mittel der Erkundung von Leserwünschen nicht viel halten. Die Qualität der Presse werde da, wo zu sehr auf die Leserwünsche abgestellt werde, kaum gehoben werden können. Eine traditionsbewußte Zeitung werde eher darnach trachten, mit dem von ihr gebotenen Stoff das Interesse der Leser zu wecken und zu fesseln und so den Leser auf das Niveau erprobter Qualitätsziele zu verpflichten, statt sich einer verflachenden Unterhaltung oder gar der aufpeitschenden Sensation zu verschreiben. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Bedeutung der sorgfältigen Auswahl und der Schulung des *journalistischen Nachwuchses* hingewiesen.

Das Internationale Presseinstitut in Zürich erfaßt heute mit rund tausend Mitgliedern vierzig Länder der freien Welt. Starke Vertretungen waren außer aus den europäischen Ländern vor allem aus *Asien* anwesend. Zur Ausweitung des Wirkungsbereiches und zur Verstärkung der Einflußmöglichkeiten soll nun für diesen Erdteil ein *regionales Zentrum* des Presseinstitutes geschaffen werden. In der Diskussion meldete auch

Afrika Wünsche für eine solche Einrichtung an. Von einem solchen Standort aus wird es leichter sein, die Verhältnisse zu studieren und Maßnahmen, wo sie als nötig erscheinen, rechtzeitig und in der richtigen Gewichtung zu ergreifen. So kann auch die Förderung und Stützung der Pressefreiheit mit noch mehr Aussicht auf Erfolg vor sich gehen, als allein vom Sitz des Institutes in Zürich aus.

Besonders wertvolle Erfahrungen hat denn auch das Institut mit der Veranstaltung *regionaler Aussprachen* in Gegenden der Welt gemacht, wo zwischen Ländern und Völkern politische Meinungsverschiedenheiten herrschen, die ihre Ursache in geschichtlicher Entwicklung oder in der politischen Konstellation der neuern Zeit haben. Obwohl das IPI politisch neutral ist und nicht Stellung bezieht zu politischen Auseinandersetzungen, die zwischen Staaten entbrennen mögen, so hat doch die Herbeiführung persönlicher Kontakte und die Ermöglichung von Aussprachen unter Presseleuten solcher Länder viel zur gegenseitigen Verständigung beizutragen vermocht. Auch darin liegt eines der Ziele, das sich die Gründer des Internationalen Presseinstitutes und die seither an dieser Institution aktiv beteiligten führenden Persönlichkeiten gesteckt haben. Wie sehr die Presse die Atmosphäre zwischen Völkern zu vergiften vermag, wo sie in diesem Sinne als Instrument im Nervenkrieg mißbraucht wird, so sehr besitzt sie umgekehrt die Mittel, um durch objektive Information und durch sachliche Kommentierung der Ereignisse zur *Verständigung der Völker* beizutragen. Der zweite Weg gehört zu den in den Statuten des IPI umschriebenen Zweckbestimmungen. Sagt doch die Präambel: «Das gegenseitige Sichverstehen der Völker ist von Einfluß auf die Erhaltung des Weltfriedens. Sollen Völker einander verstehen, ist es wichtig, daß sie übereinander zutreffend unterrichtet sind. Infolgedessen ist das gute Einvernehmen zwischen Journalisten eine erste Voraussetzung guten Einvernehmens zwischen den Völkern.»

Die Tatsache, daß die diesjährige Gene-

ralversammlung im freien Westberlin, gleichsam an den Toren zur östlichen Welt der Unfreiheit und der Presseknobelung stattgefunden hat und daß der Kongreß auf ein Datum fiel, das nach dem Willen Moskaus in der von den Sowjets willkürlich vom Zaune gebro-

chenen sogenannten Berlin-Krise als Droh- und Druckmittel im Nervenkrieg hätte dienen sollen, schien wie ein Symbol zu sein in der genannten Zweckerfüllung des Internationalen Presseinstitutes.

Max Nef

Querschnitt durch neue Wirtschaftszeitschriften

Im Gegensatz zum ersten Vierteljahré 1959, von dem in die Erinnerung zurückgerufen sein möge, daß es mit erbittertem Kampf um die *europäische Integration* und anlässlich der Schaffung der Währungs-Konvertibilität die Wirtschaftspresse mit lebhafter Bewegung erfüllt hatte, verlief in ökonomischer Hinsicht das zweite Quartal erheblich ruhiger. Für längere Zeit dürfte die Entwicklung in der großen Politik, das Ringen des Westens mit dem Ostblock überschattend, über allen Lebensbereichen liegen. Damit hängt es zusammen, daß wir uns im heutigen «Querschnitt» weniger mit Artikeln der neuen Wirtschaftszeitschriften über anhängige Probleme und mehr mit solchen belehrenden Inhalts in historischer Sicht zu befassen haben. So enthält die Bonner «Europäische Wirtschaft» (die bisher «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft» firmiert hatte) in ihrem Heft 5 einen Wegweiser durch «Wesen und Aufgabe der europäischen Verbände», und in Nr. 8 derselben Zeitschrift gliedert Dr. R. Wockenfoth (Bonn) die «wirtschaftlichen Zusammenschlußbeziehungen in Europa und außerhalb» auf. Am 4. und 25. 4. verfiel der «Economist» von neuem seine in unserem letzten Referat erwähnte These von der Zweckmäßigkeit eines Anschlusses von England und dem Commonwealth an die EWG. In Heft 12 des XXXI. Jahrgangs der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» lesen wir mit Spannung eine Betrachtung von Prof. Dr. Marcel Großmann (Zürich-St. Gallen) über «die Schweizerische Assekuranz und der Gemeinsame Markt», und

in Nr. 1 des «Internationalen Gewerbearchivs» verbreitet sich Prof. Dr. A. Gutersohn (Bern-St. Gallen) über «die gewerbliche Wirtschaft vor den Aussichten der wirtschaftlichen Integration». «La Suisse Horlogère» berichtet in ihren Nr. 10 und 11 von der «internationalen Zusammenarbeit im Jahre 1958». Am 9. 4. in Nr. 96 bespricht die «NZZ» den kurz zuvor erschienenen Tätigkeitsbericht der Kommission der EWG, am 12. 4. in Nr. 99 liefert ihr dieser Bericht den Stoff zu einem Artikel über «die Krise des Freihandelsprojektes». Das New Yorker Magazin «Challenge» prüft im April den Einfluß, den der Gemeinsame Markt auf den amerikanischen Warenaustausch mit Westeuropa ausüben muß. Bundeswirtschaftsminister Erhard erläutert in Nr. 105 der «NZZ» vom 18. 4. den «Stand der europäischen Integration»; Bundesrat Petitpierre hat am 25. 4. (vgl. «NZZ», Nr. 144 vom 27. 4., und die Wiener «Industrie» vom 1. 5.) in Wien über «Neutralität und europäische Zusammenarbeit» gesprochen. Mit einer neuen Anregung aus den Beneluxstaaten zu den Fragen der Integration befaßt sich die Wiener «Industrie» am 24. 4. Die «NZZ» läßt sich am 6. 5. (Nr. 123) von den Beziehungen Englands, am 7. 5. (Nr. 124) von denen Österreichs zum Gemeinsamen Markt und am 12. 5. (Nr. 129) von dem Wirken der Europäischen Investitionsbank innerhalb der EWG während ihres ersten Geschäftsjahres 1958 unterrichten. In Heft 9 der «Europäischen Wirtschaft» vom 15. 5. beginnt eine Abhandlung aus der Feder des Bot-

schaftsrates an der Schweizerischen Botschaft in Bonn Dr. Hans Karl Frey: «Die Schweiz und der Gemeinsame Markt.» Mit lebhafter Anteilnahme verfolgt man eine Ausarbeitung von Prof. Dr. Wilhelm Röpke: «Die Sprengung des europäischen Währungsblocks», die als Nr. 4 (April) der «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der «Wirtschaftsförderung» erschienen ist. «Die Idee einer kleinen Freihandelszone», deren Bereich sich auf 7 Länder außerhalb der EWG, darunter auch die Schweiz, erstreckt, wird von der «NZZ» am 24. 5. (Nr. 140) entwickelt.

Recht anschaulich schildern die in Zürich herausgegebenen «Wirtschafts-Winke» von April und Mai Tendenzen und Entwicklungen der *Konjunktur* in einer Reihe westeuropäischer Staaten. Auch die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 15. 5. ist in der gleichen Beziehung lesenswert. — Die «NZZ» vom 23. 4. (Nr. 110) enthält eine ausführliche Würdigung der Rede, mit der Bundesminister Erhard in Straßburg am 22. 4. dem Europarat den 10. Jahresbericht der OEEC vorgelegt hat. — Die GATT-Liberalisierung und der Anspruch auf ihre Verwirklichung durch die Deutsche Bundesrepublik beschäftigen die «Schweizerische Handels-Zeitung» (im folgenden abgekürzt in «SHZ»), Nr. 17 vom 23. 4., und die «NZZ», Nrn. 131 vom 14. und 132 vom 15. 5., nachdem in diesem letzteren Presseorgan am 11. 5. (Nr. 128) ein allgemeiner Hinweis auf die am gleichen Tage eröffnete 14. Session der GATT-Signatäre vorausgegangen war. — Der Präsident der Weltbank, Eugène R. Black, erstattet am 11. 4. vor dem in Mexico City tagenden Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen Bericht über die Tätigkeit des von ihm geleiteten Institutes; dabei behandelt er ausführlich die Finanzierung von *Entwicklungsländern*. In Heft 10 der «Europäischen Wirtschaft» äußert sich Bundesminister Erhard über «Aufgaben und Ziele der Hilfe für Entwicklungsländer». — Den Wandel der *Renditebegriffe* zu Gunsten der Obligationen und

zum Nachteil der Aktienerträge im Laufe von Jahrzehnten beleuchtet «Finanz und Wirtschaft» vom 19. 5. an leitender Stelle. — Von *sonstigen Meinungsäußerungen* aus dem internationalen Wirtschaftsbereich verdient eine Darstellung: «Strukturänderungen im Energieverbrauch der Welt» durch «Finanz und Wirtschaft», Nr. 22, Beachtung.

Schweizer Wirtschaftsprobleme

Zunächst entnimmt die «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» im April unter der Überschrift: «Schweizerische Wirtschaftszahlen» dem Geschäftsbericht der Nationalbank 1958 bezeichnendes Material zur Beurteilung der *konjunkturellen Entwicklung* während des letzten Jahres. — «Finanz und Wirtschaft» vom 24. 4. vermerkt mit Besorgnis den Tiefpunkt im Defizit der schweizerischen *Handelsbilanz* im Verlaufe des 1. Quartals 1959. Mit der Überweisung an die eidgenössischen Räte ist der neue *Zolltarif* der Schweiz in das entscheidende Stadium getreten. «La Suisse Horlogère» vom 16. und die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 17. 4. gedenken der Stellungnahme der Schweizerischen Handelskammer zu der Parlamentsvorlage, und auch die Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» spricht im Mai von der «Schlußrunde des Zolltarifs». — Auf das neue *Handelsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich* vom 16. 4. geht «La Suisse Horlogère», am 23. 4. auf das *Doppelbesteuerungs-Abkommen der Schweiz mit Westdeutschland* vom 20. 4. gehen die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft vom Mai ein. — Vielseitig sind die *finanziellen Probleme*, die der Präsident des Direktoriums, Dr. Schwegler, am 21. 3. in der Generalversammlung der Nationalbank berührt hat; über sein Referat gibt der Monatsbericht der Bank, Nr. 3, Aufschluß. Die Einführung von Volksaktien in Deutschland und Österreich nennt «Finanz und Wirtschaft» vom 7. 4. «ein Mittel zur Demokratisierung des Aktienbesitzes». Zur «Entwicklung der Bundesfinanzen»

läßt sich die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» am 3. 4. vernehmen. Das Bankhaus Bär widmet in gewohnt geistvoller Weise seinen «Wochenbericht» vom 1. 5. «der Geldlawine». In der «Steuer-Revue» vom April wird untersucht, welche Einkommensgruppe in der Schweiz die höchsten Steuern bezahlt. Ausführungen über den «schweizerischen Kapitalexport» füllen eine Broschüre, die wir der Schweizerischen Bankgesellschaft im April verdanken. — Die Verbundenheit der «Muba», der Mustermesse Basel, mit der schweizerischen Wirtschaft ist aus der Anteilnahme zu erkennen, mit der die Wirtschaftsorgane auch ihren diesjährigen Ablauf begleiten. Aus der Fülle des diesbezüglichen Materiales seien die Vorschau in der «Wirtschaft», Nr. 3, eine Sonderbeilage zur «SHZ» vom 9. und 10. 4., die Darlegungen des Messedirektors Dr. Hermann Hauswirth: «Messe und Public Relations» in der «Public Relations Revue» vom April und namentlich das der Muba gewidmete Heft 2 der «Revue Economique Franco-Suisse» herausgegriffen. Viel Beachtung fand auch das Bekenntnis zur freien Wirtschaft, das Bundesrat Streuli am offiziellen Tage der diesjährigen Messe abgelegt hat (vgl. «NZZ», Nr. 103 vom 16. 4.). — Das früher stark umstrittene *Kartellproblem* ist neuerdings mit der Verabschiedung des Entwurfes zu einem Kartell-Mißbrauchgesetz im Schoße der vom Bundesrat einberufenen Expertenkommission wieder akut geworden. Die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» vom 8. und «La Suisse Horlogère» vom 21. 5. nehmen an dem Kommissionsvorschlag reges Interesse. — Die «SHZ» vom 21. 5. lobt die Verlängerung des *Friedensabkommens in der Maschinen- und Metallindustrie* als erfreulichen Fortschritt.

Darüber hinaus ist dem Berichterstatter in Heft 3 der vom Volkswirtschaftsdepartement herausgegebenen «Volkswirtschaft» eine auf vielfältige Unterlagen aufgebaute Darstellung der «Ergebnisse der Fabrikstatistik vom 18. 9. 1958» und in der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 24. 4.

ein Vergleich der «Wohnungsbewirtschaftung in der Schweiz und in Westdeutschland» aufgefallen. «Deutschland auf dem Weg zum freien Wohnungsmarkt» schildert die «NZZ» vom 21. 5. (Nr. 137).

Informationen aus Ländern eines regen Warenaustausches mit der Schweiz

a) *Meldungen aus dem europäischen Raume*: Die Entwicklung der Agrarpolitik in *Belgien* wird von der «Agrarpolitischen Revue», Heft 7, besprochen. — «Neue Perspektiven der *dänischen* Wirtschaft» werden der «NZZ» in den Nrn. 124 und 127 aus Kopenhagen berichtet. — «Bedeutsame Wandlungen in der *französischen* Wirtschaft» konstatiert die Wiener «Industrie» am 3. 4. Die «NZZ» informiert am 12. 4. (Nr. 99) über «Frankreichs Zahlungs- und Handelsbilanz» und am 17. 4. (Nr. 104) über «die französische Wirtschaftskonjunktur». — Einen «Mißerfolg der Sozialisierung in *Großbritannien*» glaubt die «Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung» am 10. 4. feststellen zu können. Am 16. 5. bezeichnet der «Economist» die Angst vor Überfremdung der nationalen Industrie durch amerikanisches Kapital — die sich nicht nur auf England beschränkt; so macht die «SHZ» vom 14. 5. auf den «Wettlauf nach USA-Kapitalien» aufmerksam — als unbegründet. Am 17. 5. werden in der gleichen Zeitschrift die Pläne der britischen Regierung für eine Sanierung der Baumwollindustrie unter die Lupe genommen. — An der wachsenden amerikanischen und deutschen Konkurrenz liegt zufolge der «SHZ» vom 9. 4. die Erschwerung im Warenaustausch der Schweiz mit *Italien*. Am 24. 4. (in Nr. 111) gedenkt die «NZZ» des Generalberichts des italienischen Schatzministers Tambroni über die Wirtschafts- und Finanzsituation seines Landes. — Den «Informationen aus Österreich», Nr. 14, entnimmt man wie sonst, so auch heute, wertvolle Kunde aus der *österreichischen* Wirtschaft. Aus der in monatlicher Folge erscheinenden Münchener «Zeitung für kommu-

nale Wirtschaft» im April sei der Leitartikel: «Österreichische Stadtwerke gründen eine AG» herausgehoben. Daß die österreichische Ausfuhr nach der Schweiz neuerdings auf Schwierigkeiten stößt, führt der Sekretär der österreichischen Handelskammer in der Schweiz, Dr. Martin, in der Wiener «Industrie» vom 8. 5. auf interne Probleme des schweizerischen Marktes zurück. — Schließlich werden *Schwedens* Finanzsorgen von der «NZZ» am 19. 4. (Nr. 106) kritisch behandelt.

b) *Nachrichten von außereuropäischen Ländern*: *Ägyptens* Wirtschafts- und Finanzlage wird am 24. 4. von der «NZZ» (Nr. 111) dargestellt. — «*Australiens* Reichtum an Mineralien und deren Ausbeutung» betitelt Hans Fritz (Solothurn) seinen Artikel in der «SHZ» vom 9. 4. — «*Brasiliens* Weg zur finanziellen Sanierung» zeichnet die «NZZ» am 10. 4. (in Nr. 97). — «*Kanada* zwischen Depressionsende und Wiederaufschwung» bildet das Thema eines ausführlichen Beitrages in «Finanz und Wirtschaft» vom 12. 5.

Wirtschaftsprobleme in den Vereinigten Staaten

Nach Überwindung der winterlichen Rezession — «Challenge» vom März ironisiert den Streit zwischen den sogenannten Experten über die Methoden zu ihrer Bekämpfung — haben die amerikanischen Wirtschaftsprobleme und ihre Entwicklung an Interesse für die übrige Welt eingebüßt; ihre Bedeutung ist auch drüben hinter derjenigen des Geschehens auf dem Felde der großen Politik weit zurückgetreten. Wir können uns daher hier kurz fassen. Die einzige ökonomische Erscheinung in den USA, die draußen wachsende Beklemmung verursacht, ist die als unliebsame Nachwirkung der Flaute zu deutende Zunahme des Protektionismus in Amerika. «The Economist» vom 21. 3. ist eine der Wirtschaftszeitschriften, die der Sorge in der Industrie um die Absatzchancen auf dem amerikanischen Markt beredten Ausdruck verleiht.

Kommunistische Wirtschaft und West-Ost-Handel

Boris Lewytskyi stellt in den Kölner «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom April Betrachtungen zum neuen Siebenjahresplan der Sowjetunion an, die er: «Die Sowjetunion im Zeichen der Zweiten Industriellen Revolution» betitelt. Die «Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik» bringen ebenfalls im April einen Auszug aus einem interessanten Artikel von William H. Chamberlin in der New Yorker Zeitschrift «The Freeman»: «Die Armut hinter der Sowjetfassade»; der Autor unterzieht die russischen Wirtschaftspläne einer Kritik, die in ihrer Sachlichkeit überzeugend wirkt. Auch zufolge von Prof. Thalheim (Berlin) kann die sowjetische die amerikanische Wirtschaft kaum überholen (vgl. dazu die Wiener «Industrie» vom 10. 4.). Über «Arbeitsentschädigung und Lebenshaltung in Kolchosen» berichtet in der «Agrarpolitischen Revue» vom April Dr. J. Petricevic vom Schweizerischen Bauernsekretariat in Brugg als Beitrag zur Agrarpolitik in Sowjetrußland. In der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» vom 1. 5. verfolgt man mit Interesse einen Aufsatz: «Le syndicalisme en URSS». «La Suisse Horlogère» vom 14. 5. gibt der Meinung Ausdruck, daß die USA der «wirtschaftlichen Herausforderung» durch die Sowjetunion zu begegnen wissen werden.

Den erstaunlich niedrigen Gesamtergebnissen im Außenhandel der Sowjetunion, über welche die «SHZ» vom 30. 4. referiert, sei als willkommene Nachricht aus der Welt hinter dem Eisernen Vorhang folgende von der «SHZ» zitierte Publikation aus russischer Quelle in gekürzter Fassung erwähnt (Werte in Miard. Rubel):

Jahr	1955	1956	1957
Gesamtexport	13,9	14,4	17,5
davon nach dem Ostblock	10,8	10,6	12,9
davon nach kapitalistischen Ländern	3,0	3,8	4,6

Jahr	1955	1956	1957
Gesamtimport	12,2	14,5	15,8
davon aus dem Ostblock	9,6	10,7	11,1
davon aus kapitalistischen Ländern	2,6	3,8	4,7

Auf die steigenden Erdölexporte des Ostblocks lenkt der «Monat» des Schweizerischen Bankvereins vom Mai die öffentliche Aufmerksamkeit. In den «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Mai begegnet man einer ausführlichen Besprechung des 1957 im Econ-Verlage (Düsseldorf) erschienenen Buches von Fritz Seidenzahl: «Geschäfte mit dem Osten.»

Sonstiges

Wie üblich sei zum Abschluß des heutigen «Querschnitts» auf einige Artikel wirtschaftlichen Inhalts hingewiesen, die sich in die gewohnte Einteilung nur mit Zwang einord-

nen lassen: Im März hat Prof. Dr. Emil Küng (St. Gallen) eine Studie: «Gewerkschaften und Inflation» in den «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung verfaßt. Prof. Dr. Alfred Amonn (Bern) verneint in Heft 7 der «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen» die Frage: «Sollen wir im Kampfe gegen die Inflation resignieren?» «Graubündens Volkswirtschaft vor neuen Aufgaben» bespricht eine Beilage zur «SHZ» vom 23. 4. «Pioniere und Pioniergewinne» geben Dr. Gerhard Merk (Essen) Veranlassung zu lesenswerten Betrachtungen in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik», Nr. 1 von 1959. Interessenten am kommunalen Leben werden schließlich an der schon vorher zitierten Münchener «Zeitung für kommunale Wirtschaft» Gefallen finden; in ihr bildet im März die Wasser-, im April die Gas- und im Mai die Stromversorgung der Gemeinden das Leitmotiv.

Hans Posse